**Marktgemeinde
St. Andrä-Wördern**

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung des **GEMEINDESRATES** am Freitag, dem 17. April 1998

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Anwesend waren:

1. Bürgermeister Alois Haschberger
2. Vizebürgermeister Wolfgang Seidl

Die Mitglieder des Gemeinderates:

1. gf. GR Johann Dreschkay	14. GR Walter Schreiner
2. gf. GR Franz Semler	15. GR Günther Fröhlich
3. gf. GR Alfred Stachelberger	16. GR Paul Kuselbauer
4. gf. GR Johann Haslinger	17. GR Ludwig Binder
5. gf. GR Ute Nagl	18. GR Franz Primmer
6. gf. GR Ing. Stefan Flor	19. GR Josef Roiser
7. GR Martin Bauer	20. GR Werner Faschauner
8. GR Mag. Hans Dachler	21. GR Walter Ribolits
9. GR Anton Hameder	22. GR Gabriele Golda
10. GR Werner Krieger	23. GR Erwin Schön
11. GR Gabriele Walcher	24. GR Anton Kneissl
12. GR Theresia Walder	25. GR Mag. Eugen Ruffingshofer
13. GR Franz Schattner	26. GR Michael Edinger

Die Sitzung war öffentlich. Die Sitzung war beschlußfähig.

Der Bürgermeister verliest das Schreiben von gf. GR Josef Kleindienst, der aus beruflichen Gründen sein Gemeinderatsmandat zurücklegt. Er dankt Herrn Kleindienst für die in den drei Jahren als Gemeinderatsmitglied geleistete Arbeit. Er bezeichnet ihn als harten aber korrekten Partner und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Seitens der FPÖ-Fraktion wurde als neuer Zustellungsbevollmächtigter LAbg. Franz Marchat, St. Pölten, bekanntgegeben. Dem Ersuchen der Marktgemeinde zeitgerecht bis zur heutigen Gemeinderatssitzung einen allfälligen Nachfolger zu nominieren bzw. einen Wahlvorschlag für ein Vorstandsmitglied einzureichen, wurde nicht nachgekommen. Die Punkte

1) Angelobung eines Mitgliedes zum Gemeinderat

2) Neuwahl eines Mitgliedes zum Gemeindevorstand bzw.

3) Neubesetzung von Gemeinderatsausschüssen

müssen daher entfallen.

Den Vorsitz im Wirtschafts- und Fremdenverkehrsausschuß wird interimsmäßig der Ausschußvorsitzende – Stellvertreter, GR Werner Krieger, übernehmen.

GR Schön freut sich, daß GR Krieger, zu dem er vollstes Vertrauen hat, diese Aufgabe wahrnehmen wird.

4) Verlesung des letzten Protokolls

Gf. GR Nagl ersucht auf die Verlesung des Protokolls, in das die Fraktionsvorsitzenden Einsicht genommen und welches vollinhaltlich dem Sitzungsverlauf entspricht, zu verzichten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5) Einlauf

Der Bürgermeister verliest Urlaubsgrüße von GR Krieger an den Gemeinderat.

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über die Zuteilung und Abrechnung der Bundesabgabenertragsanteile für die Monate Februar (S 1.556.879,--) und März (S 1.965.884,--).

LR Traude Votruba avisiert der Gemeinde die Zuteilung einer Förderung in der Höhe von S 43.316,- - aus Sozialhilfemitteln für die Aktion „Essen auf Rädern“ im zweiten Halbjahr 1997. Die amtliche Mitteilung wird ebenfalls vom Bürgermeister verlesen.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben von LR Franz Blochberger, wonach der Gemeinde seitens der NÖ Landesregierung eine Förderung in der Höhe von höchstens S 800.000,-- für den Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges 2000 gewährt wird.

Weiters verliest der Bürgermeister die Stellungnahme von Dr. Christian Schaubberger zur rechtlichen Situation in der Hagenbachklamm. Die von Dr. Schaubberger zu Beginn der Wandersaison angeregte Begehung der Klamm wurde mittlerweile durchgeführt und hierüber ein Protokoll angefertigt. Die Hinweis- und Gefahrenschilder, die bei den Klammeingängen aufgestellt werden sollen, wurden bereits bestellt.

6) Prüfbericht vom 26.3.1998

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, GR Mag. Ruffingshofer, verliest den Bericht über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 26.3.1998.

Die Stellungnahme des Bürgermeisters und Kassenverwalters hiezu wird von Gf. GR Stachelberger verlesen.

7) Rechnungsabschluß 1997

Der Ressortleiter, Gf. GR Stachelberger, erklärt, daß der Rechnungsabschluß 1997 auf Grundlage der Daten der im März bzw. Dezember 1997 einstimmig beschlossenen Voranschläge erstellt wurde.

Zum Rechnungsabschluß, der in der Zeit vom 2. April 1997 bis 16. April 1997 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist, wurden keine Stellungnahmen oder Erinnerungen eingebracht.

Dank der Mitarbeit der Verwaltung konnte die Soll-Stellung realisiert werden. Das Haushaltsjahr 1997 konnte mit einem Überschuß in der Höhe von S 3,037.774,90 abgeschlossen werden. Er erläutert gruppenweise den Rechnungsabschlusses 1997, insbesondere die Positionen der Gruppe 8 (Gebührenhaushalt) bzw. der Gruppe 9 (Finanzwirtschaft). Den Abgängen bei den Positionen Wasserbezugsgebühr bzw. Friedhof wurde bereits durch eine Adaptierung der Gebühren Rechnung getragen.

Die Zuführungen an den o. Haushalt konnten von S 13,047 Mio laut Voranschlag auf S 13,406 Mio erhöht werden.

Von den im a.o. Haushalt vorgesehenen 20 Vorhaben wurden 2 Vorhaben (Renaturierung des Hagenbaches bzw. Gemeindeforschung für den Ankauf eines Einsatzfahrzeuges für die FF Altenberg) nicht realisiert. Die übrigen Projekte werden von Gf. GR Stachelberger kurz genannt. Die Dotierung erfolgte durch Zuführungen aus dem o. Haushalt, Grundverkäufe, Bedarfszuweisungen sowie Zuschüsse des Landes aus Mitteln des NÖ Schul- und Kindergartenfonds.

Der Schuldenstand der Gemeinde, der zu Jahresbeginn S 101,235 Mio betrug, konnte auf S 96,8 Mio reduziert werden. Die Gemeinde St. Andrä-Wördern weist mit einem Betrag von S 15.515 die drittniedrigste pro-Kopf Verschuldung von den Gemeinden des Bezirkes Tulln auf.

Der Rechnungsabschluß, der allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde, war erstmals mit Erläuterungen zu den Ein- und Ausgaben ausgestattet, wofür gf. GR Stachelberger Herr Ohnewas seinen Dank ausspricht. Weiters dankt er den Mitarbeitern des Gemeinderates und den Vorstandskollegen für die umsichtige Planung in den einzelnen Ressorts. Gf. GR Stachelberger stellt den Antrag, den Rechnungsabschluß in der vorliegenden Form zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8) Nachtragsvoranschlag 1998

Der Ressortleiter, gf. GR Stachelberger, erklärt, daß der Erstellung des Nachtragsvoranschlages eingehende Beratungen im Finanzausschuß sowie im Vorstand vorausgingen, wobei besonderes Augenmerk darauf gelegt wurde, die einzelnen Positionen des Nachtragsvoranschlages so einzusetzen, daß kein weiterer Nachtragsvoranschlag erforderlich ist.

Er nimmt kurz zu den geänderten Positionen des a.o. Haushaltes Stellung. Zum Nachtragsvoranschlag, der in der Zeit vom 2. April 1997 bis 16. April 1997 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist, wurden keine Stellungnahmen oder Erinnerungen eingebracht. Der o. Haushalt, der laut Voranschlag mit S 79,243 Mio erstellt wurde, soll auf S 84,6 Mio, der a.o. Haushalt von präliminierten S 28,2 Mio auf S 29,23 Mio erhöht werden. Dadurch ergibt sich ein Gesamtbudget in der Höhe von S 113,8 Mio im Vergleich zu der veranschlagten Summe von S 107,4 Mio.

Die Zuführungen an den a.o. Haushalt wurden von S 11,2 Mio auf S 14,8 Mio erhöht. Bis Jahresende 1998 soll der Schuldenstand der Gemeinde von dem veranschlagten Betrag von S 82,2 Mio auf S 79,6 Mio reduziert werden.

Gf. GR Stachelberger stellt den Antrag, den Nachtragsvoranschlag in der dargestellten Form mit einem Gesamtbudget von S 113,8 Mio zu beschließen.

Die Zuführungen an den a.o. Haushalt wurden von S 11,2 Mio auf S 14,8 Mio erhöht. Bis Jahresende 1998 soll der Schuldenstand der Gemeinde von dem veranschlagten Betrag von S 82,2 Mio auf S 79,6 Mio reduziert werden.

Gf. GR Stachelberger stellt den Antrag, den Nachtragsvoranschlag in der dargestellten Form mit einem Gesamtbudget von S 113,8 Mio zu beschließen.

GR Mag. Ruffingshofer dankt gf. GR Stachelberger für die geleistete umsichtige Arbeit.

Der Bürgermeister dankt allen mit der Erstellung des Nachtragsvoranschlages befaßten Personen und bringt den Antrag von gf. GR Stachelberger zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9) Nominierung der Gemeinderatsmitglieder für den Hauptschulausschuß St. Andrä-Wördern

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt, wonach aufgrund der Trennung der Gemeinde Zeiselmauer der Schulausschuß der Hauptschulgemeinde St. Andrä-Wördern neu zu bilden ist. Die Vertreter der Gemeinden Königstetten, Muckendorf-Wipfing und Zeiselmauer werden vom Bürgermeister namentlich genannt. Seitens der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern werden Vzbgm. Wolfgang Seidl, gf. GR Ing. Stefan Flor, GR Mag. Hans Dachler, gf. GR Johann Dreschkay und gf. GR Franz Semler für den Hauptschulausschuß nominiert.

Ein Termin für die konstituierende Sitzung wird noch vereinbart werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, obgenannte Personen in den Hauptschulausschuß zu entsenden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10) Gestaltung und Räumung des Hagenbaches - Sondernutzungsvertrag für die Benützung von Öffentlichem Wassergut

Gf. GR Semler erklärt, daß das Projekt „Renaturierung des Hagenbaches“ im Bereich Lehnergasse – Schotterfang, welches für 1997 geplant war im Jahre 1998 zur Ausführung gelangen soll. Für die vorgesehenen Bepflanzungen im Böschungsbereich ist mit dem Grundeigentümer, Republik Österreich (Land- und Forstwirtschaftsverwaltung – Wasserbau), ein Sondernutzungsvertrag abzuschließen.

Er stellt den Antrag, für die Benützung von Öffentlichem Wassergut dem Abschluß obgenannter Vereinbarung zuzustimmen.

Gf. GR Nagl vertritt die Meinung, daß die vorgesehene Renaturierung grundsätzlich die Zustimmung der Bevölkerung finden wird. Es sollte jedoch auch auf die Verpflichtung der Gemeinde, allfällige Pflegemaßnahmen, wie Heckenschnitt u.dgl. durchzuführen, hingewiesen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11) Verlängerung des Fischerei-Pachtvertrages für das landeseigene Fischereirevier „Hagenbach“

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben hinsichtlich der Verlängerung des Pachtverhältnisses für das landeseigene Fischereirevier „Hagenbach“. Der im Jahre 1997 entrichtete Pachtschilling betrug S 21.827,--.

GR OV Krieger erklärt, daß durch die Umgestaltung des Hagenbaches auch eine Verbesserung der Wasserqualität und somit eine positive Auswirkungen auf den Fischbestand zu erwarten ist. Er stellt den Antrag, der Verlängerung des Pachtvertrages zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

12) Übernahme der Teilflächen (1) und (3) gemäß dem Teilungsplan GZ. 1873/97/1 vom 10.2.1998 des DI Karl Pauler in das öffentl. Gut

Gf. GR Semler erklärt, daß im Zuge einer Begradigung der Grundstücke Reiter und Heidinger im Bereich der Hagenbachgasse, KG St. Andrä, eine Übernahme von Grundstücksflächen in das öffentliche Gut erforderlich ist.

Er stellt den Antrag, der Übernahme der Teilflächen (1) und (3) gemäß dem Teilungsplan GZ. 1873/97/1 vom 10.2.1998 des Dipl.Ing. Karl Pauler in das öffentl. Gut zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

13) Antrag auf Freigabe der Aufschließungszone auf dem Grundstück Nr. 23/1, KG Hintersdorf

Vzbgm. Seidl erklärt, daß vom Rechtsvertreter bzw. Gutsverwalter der Grundstückseigentümer Goldstöff/Smith um Freigabe der Aufschließungszone für das Grundstück Nr. 23/1, KG Hintersdorf angesucht wurde. Ein Parzellierungsentwurf, wonach 8 Bauparzellen vorgesehen sind, wurde vorgelegt. Er erinnert, daß in diesem Bereich eine Bausperre verhängt wurde, um ein entsprechendes Areal für eine Dorfplatzgestaltung schaffen zu können. Der Verzicht auf die Aufschließungszone soll unter der Option eines möglichen Erwerbes des Gutes mit der angrenzenden Liegenschaft, wo eine bessere Situierung des Dorfplatzes vorgenommen werden könnte, erfolgen.

Der Vizebürgermeister stellt den Antrag, der Freigabe der Aufschließungszone auf dem Grundstück Nr. 23/1, KG Hintersdorf, zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**14) Freigabe der Aufschließungszone Grundst. Nr. 714/1, KG Wördern
GR Kuselbauer verläßt den Sitzungssaal.**

Der Vizebürgermeister verliest ein Schreiben von Dipl.Ing. Karl Pauler, der unter Vorlage von drei Parzellierungsvorschlägen im Namen des Grundeigentümers, Alfons Kogler, um Aufhebung der bestehenden Aufschließungszone für das Grundstück Nr. 714/1 ersucht.

Entsprechend der Empfehlung des Bau-, Planungs- und Siedlungsausschusses soll dem Teilungsentwurf II der Vorzug gegeben werden. Die Aufschließung der Grundstücke soll über eine geplante Verbindungsstraße von der Schloßgasse zur Waldgasse erfolgen.

Er stellt den Antrag, der Freigabe der Aufschließungszone, Grundst. Nr. 714/1, KG Wördern, zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**15) Abtretung einer Teilfläche von Parz. Nr. 70/2, KG Wördern, in das öffentl. Gut und
Übernahme der Parz. 1501/29, KG Wördern in das öffentl. Gut**

Der Bürgermeister erklärt den Sachverhalt, wonach im Zuge der Bauverhandlung für die geplante Aufstockung beim Gemeindeamt die Verbreiterung der Altgasse auf die im Bebauungsplan vorgesehene Straßenbreite von 10 m sowie die Übertragung des Grundstückes Nr. 1501/29, KG Wördern, in das öffentliche Gut der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern vorgeschrieben wurde.

Gf. GR Dreschkay erklärt, daß das Grundstück Nr. 1501/29 (Altgasse) bisher Gemeindeeigentum war und stellt den Antrag, der Übernahme dieser Parzelle gemäß dem Teilungsplan des Geometers, Dipl.Ing. Pauler GZ. 1988/98 vom 30.3.1998 in das öffentliche Gut zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

16) Straßenbenennung (Parz. Mahler, KG Hintersdorf) mit „Im Hanger“

Der Vizebürgermeister erklärt, daß im Zuge einer Parzellierung im Bereich der Haselbacherstraße eine Sackgasse entstanden ist, die benannt werden muß.

Mit den Anrainern wurde bezüglich der Benennung dieses Straßenstückes Kontakt aufgenommen und um Vorschläge ersucht.

Der Vorschlag des Anrainers, Ing. Johann Müllner, in Anlehnung an eine alte Riedbezeichnung die Straße „Im Hanger“ zu benennen, fand die Zustimmung des Ausschusses.

Der Vizebürgermeister stellt den Antrag, für diese Straße den Namen „Im Hanger“ zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

17) Wohnungsvergabe in Wördern, Dr. Karl Renner-Allee 5/7

Der Bürgermeister erklärt, daß die in der letzten Gemeinderatssitzung vergebene Wohnung aufgrund der Namensgleichheit irrtümlich an Jürgen und Karin Hager anstatt wie vereinbart an Frau Martina Hager vergeben wurde.

Er stellt den Antrag, die Wohnung Dr. Karl Renner-Allee 5/7 an Frau Martina Hager zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

18) Bestandsvertrag über die künftige Nutzung des Uferbereiches des Donaualtarmes mit der Wasserstraßendirektion, Beauftragung RA Dr. Schauburger mit Rechtsvertretung

Der Bürgermeister verliest das Schreiben der Wasserstraßendirektion, Wasserstraßenverwaltung Mitte, die der Gemeinde den Entwurf eines Bestandsvertrages über die künftige Nutzung des Uferbereiches des Donaualtarmes übermittelt. Anlässlich der Behandlung dieses Vertragsentwurfes in der Sitzung des Wirtschafts- und Tourismusausschusses gelangten die Vorstands- und Ausschußmitglieder zu der einhelligen Auffassung, daß dem Vertrag in der vorliegenden Fassung nicht zugestimmt werden kann. RA Dr. Schauburger soll mit der Rechtsvertretung der Gemeinde in dieser Angelegenheit beauftragt werden.

GR Werner Krieger stellt den Antrag, Dr. Schauburger mit der Rechtsvertretung der Gemeinde im bezug auf den Abschluß des Bestandsvertrages über die künftige Nutzung des Uferbereiches des Donaualtarmes mit der Wasserstraßendirektion zu beauftragen.

Vzbgm. erklärt, daß der von der WSD beschrittene Weg der Gemeinde unverständlich erscheint. Der vorliegende Vertragsentwurf lastet der Gemeinde sämtliche Pflichten und Kosten auf, es würden ihr jedoch keine Rechte gewährt.

Ergänzend stellt der Bürgermeister fest, daß die Gemeinde für die Altarmpflege jährlich Kosten in der Höhe von S 600.000,- bis S 700.000,- zu tragen hat.

GR Kuselbauer spricht sich grundsätzlich für einen Vertragsabschluß aus, da die Gemeinde nur dann zumindest einen Teil der Ausgaben lukrieren könne, wenn sie verfügungsberechtigt sei. Er erachte es jedoch auch für günstig, einen Anwalt hinzuzuziehen.

GR Edinger erkundigt sich, ob der mit der Gemeinde Altenwörth abgeschlossene Vertrag von der Gemeindeverwaltung bereits angefordert wurde. Der Bürgermeister erklärt, daß dies bis dato noch nicht erfolgt sei.

Der Bürgermeister bringt den Antrag von GR Krieger zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

19) Betriebsgrundverkauf KG Wördern, Grdst. Nr. 1145/3, an die Fa. Adolf Tobias GesmbH, Klosterneuburg/Kierling

GR Kuselbauer verläßt wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Gf. GR Ing. Flor erklärt, daß die Angelegenheit Gegenstand der Beratung in drei verschiedenen Ausschüssen war, wobei beschlossen wurde, unter dem Aspekt der Beschaffung von Arbeitsplätzen einer Abweichung von dem mittels Gemeinderatsbeschluß festgesetzten Preis von S 850,-/m² zuzustimmen. Weiters konnte Übereinstimmung erzielt werden, dem Gemeinderat den Verkauf der Liegenschaft unter folgenden Bedingungen zu empfehlen.

Das Grundstück Nr. 1145/3, KG Wördern, im Ausmaß von insg. 10.142 m² soll an die Fa. Adolf Tobias GesmbH zum Preis von S 575,-/m² inkl. Aufschließungskosten verkauft werden.

Die Gemeinde behält sich auf die Dauer von fünf Jahren das Wiederkaufsrecht vor, wobei dieses nur dann in Kraft tritt, wenn innerhalb des obzitierten Zeitraumes keine Verbauung der Liegenschaft erfolgt bzw. die unverbaute Liegenschaft weiterveräußert wird. Die Kosten des Treuhanderlages sollen zu Lasten des Käufers gehen.

Er stellt den Antrag, den Verkauf der Liegenschaft zu obgenannten Bedingungen zu beschließen.

Vzbgm. Seidl ist froh, daß hinsichtlich des Verkaufspreises ein Konsens gefunden werden konnte. Er erachtet die Ansiedlung eines seriösen Gewerbebetriebes, der die Schaffung von 45 Arbeitsplätzen prognostiziert hat, für sehr wichtig.

Gf. GR Dreschkay macht darauf aufmerksam, daß auch die Aufhebung des seinerzeitigen Gemeinderatsbeschlusses hinsichtlich der Höhe des Verkaufspreises für diese Liegenschaft zu beschließen ist.

Der Bürgermeister bringt beide Anträge zur Abstimmung.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

GR Kuselbauer nimmt wieder an der Sitzung teil.

20) Neubau von Personendurchgängen im Bereich der Haltestelle Greifenstein-Altenberg und Bahnhof St. Andrä-Wördern

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt:

Anlässlich einer am 26.2.1998 am Gemeindeamt St. Andrä-Wördern stattgefundenen Besprechung mit Vertretern der ÖBB konnte eine Vereinbarung bezüglich der von der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern seit Jahren angestrebten Errichtung von Personendurchgängen im Bahnhofsbereich erzielt werden. Diese sollen im Bereich der Haltestellen Greifenstein – Altenberg und des Bahnhofes St. Andrä-Wördern realisiert werden. Der Kostenanteil der Gemeinde wird mit S 450.000,-- (Greifenstein) bzw. S 275.000,-- (St. Andrä-Wördern), jeweils exkl. MWSt. angegeben. Weiters sind von der Marktgemeinde die Erhaltungs- und Betreuungskosten zu tragen. Da für das Jahr 1998 nur die Planung und die Durchführung der Behördenverfahren vorgesehen sind, sind seitens der Gemeinde keine budgetären Mittel vorzusehen.

Gf. GR Semler befürwortet das Bauvorhaben und erklärt, daß in diesem Zusammenhang auch Veränderungen im Bereich des Fahrradparkplatzes geplant sind. Seiner Meinung nach sollte es Aufgabe der Gemeinde sein, die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu machen.

Vzbgm. Seidl schließt sich der Meinung von gf. GR Semler an und spricht sich ebenfalls für einen Ausbau eines Park- and Ride-Systems aus. Die Errichtung der Durchgänge sei erfreulich, die Folgekosten jedoch ungewiß, zumal die Reinigung der Unterführungen der Gemeinde obliege. Auf die Anfrage von GR Fröhlich, ob auf eine behindertengerechte Bauausführung geachtet wird, erklärt der Bürgermeister, daß bezüglich der Details noch Verhandlungen zu führen sind.

GR Golda ersucht, den Durchgangsbereich mittels Spiegeln einsehbar zu machen, um auch bei Dunkelheit eine gefahrlose Durchquerung dieses Bereiches zu ermöglichen.

GR Mag. Ruffingshofer befürwortet ebenfalls das geplante Projekt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dem Neubau von Personendurchgängen im Bereich der Haltestelle Greifenstein-Altenberg und Bahnhof St. Andrä-Wördern zu obgenannten Bedingungen zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

21) Gemeindeamt St. Andrä-Wördern, Dachaufbau;

a) Baumeisterarbeiten

b) Zimmermannsarbeiten

c) Bauspenglerarbeiten

d) Stahlbauarbeiten

e) Aufzugseinbau

Gf. GR Ing. Flor erläutert den Sachverhalt:

Entsprechend dem Bauzeitplan soll mit den Bauarbeiten für den Ausbau des Gemeindeamtes Anfang Mai begonnen werden. Von Arch. Dipl. Ing. Schmid wurden einige Gewerke beschränkt ausgeschrieben und nach Überprüfung der Angebote folgende Vergabevorschläge an nachstehend angeführte Firmen als jeweilige Bestbieter erstellt:

a) Baumeisterarbeiten: Fa. Karl Frieberger, St. Andrä: S 2.870.830,80

Er stellt den Antrag, die Baumeisterarbeiten an die Fa. Karl Frieberger, St. Andrä, zum Preis von S 2.870.830,80 zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

b) Zimmermannsarbeiten: Fa. Harold, Plankenberg: S 471.852,--

Er stellt den Antrag, die Fa. Harold, Plankenberg, mit der Durchführung der Zimmermannsarbeiten zum Preis von S 471.852,-- zu beauftragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

c) Bauspenglerarbeiten: Fa. Zuckriegel – Tulln: S 974.301,60

Er stellt den Antrag, die Bauspenglerarbeiten an die Fa. Zuckriegel, Tulln, zum Anbotspreis von S 974.301,60 zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

d) Stahlbauarbeiten: Fa. Gnadenberger, Ziersdorf: S 847.860,--

Er stellt den Antrag, den Auftrag für die Durchführung der Stahlbauarbeiten an die Fa. Gnadenberger, Ziersdorf, zum Preis von S 847.860,-- zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

e) Aufzugseinbau: Fa. Schindler, S 534.000,--

Er stellt den Antrag, den Auftrag für den Aufzugseinbau, wobei die Variante ohne Triebwerksraum zur Ausführung gelangen soll, an die Firma Schindler zum Preis von S 534.000,-- zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

22) Auftragsvergabe für Kanal- und Wasserleitungsverlegung zwecks Bauplatzerschließung St. Andrä, Wallenböckgasse/Ristlweg

Gf. GR Semler verliest das Ansuchen der Fa. Spanny GesmbH, St. Andrä, die um Aufschließung der Liegenschaften EZ 803 von der Wallenböckgasse ersucht. Die Angelegenheit wurde im Tiefbauausschuß behandelt und folgende Empfehlung für den Gemeinderat ausgesprochen: Dipl. Ing. Pfeiller soll mit der Erstellung eines Projektes für die Kanal- und Wasserleitungsverlegung im Bereich Wallenböckgasse/Ristlweg beauftragt werden. Der Auftrag für die Durchführung der Arbeiten soll auf Vorschlag von DI Pfeiller an die Fa. Ilbau vergeben werden.

Er stellt den Antrag, obgenannte Auftragsvergaben zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

23) Vergabe von Straßenbauarbeiten

Gf. GR Semler berichtet, daß anlässlich der Tiefbauausschußsitzung am 30.3.1998 beschlossen wurde, dem Gemeinderat die Realisierung nachstehend angeführter Straßenbauvorhaben zu empfehlen.

Verbindungsstraße zwischen Amselgasse und Drosselgasse	S 74.040,--
Unterkirchbach, Parkplätze im Bereich des GH Hauser	S 134.136,--
Dohlengasse	S 546.072,--
Zufahrt GEWOG	S 234.252,--
Umgestaltung des Karnerplatzes	S 1.910.292

Er stellt den Antrag, der Auftragsvergabe für obgenannte Bauvorhaben zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

24) Vergabe von Straßenbeleuchtungsarbeiten

Der Ressortleiter, Gf. GR Semler erklärt, daß die Straßenbeleuchtungsarbeiten im Jahre 1998 neu ausgeschrieben wurden und aufgrund der Anbotseröffnung am 26.3.1998 die Fa. Schmidberger GesmbH, St. Andrä-Wördern, bei einer Anbotssumme von S 965.865,60 als Billigstbieter ermittelt wurde.

Er stellt den Antrag, die Fa. Schmidberger mit der Durchführung der Straßenbeleuchtungsarbeiten im Jahre 1998 zu beauftragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

25) Ankauf einer mobilen Tempoanzeige

Gf. GR Semler berichtet, daß bereits in den vergangenen zwei Jahren eine vom Kuratorium für Verkehrssicherheit zur Verfügung gestellte mobile Tempoanzeige im Ortsgebiet zur Aufstellung gelangte. Da die präventive Wirkung unbestritten ist, gelangte der Ausschuß einstimmig zur Auffassung, eine mobile Tempoanzeige, die ganzjährig in den verschiedenen Ortsteilen aufgestellt werden kann, anzukaufen.

Es wurden verschiedene Angebote eingeholt, wobei das Gerät der Fa. Austroflex, Gablitz, als geeignetstes erscheint.

Er stellt den Antrag, die Fa. Austroflex mit der Lieferung der mobilen Tempoanzeige zum Preis von S 75.000,-- zuzügl. MwSt. zu beauftragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

26) Grundstücksverkäufe in der Badesiedlung

Der Ressortleiter, Gf. GR Stachelberger, erinnert, daß zur teilweisen Bedeckung der Vorhaben des ao. Haushaltes in der Gemeinderatssitzung vom 13.2.1998 der Verkauf der Grundstücke am „Auweg“ zum Preis von S 725,--/m² exklusive Nebenkosten beschlossen wurde. Es wurden 58 Pächter kontaktiert. Bis dato sind 15 Kaufansuchen eingelangt, die namentlich von Gf. GR Stachelberger verlesen werden:

Name	Auweg	m²
Otto Kuhn	2	
Wilhelm Hahn	5	
Wilfried Kainrath/Henriette Tkadlec	14	
Dr. Gisela Gerber	16a	
Ing. Rudolf und Sieglinde Heinz	20	
Waltraud Gattringer	25	
Josef Gregor	31	
Margot Vavryn	32	
Josef Gregor	33	
Mag. Gerta Kühnl	35 und 35a	
Richard Hubner	37	592
Margarete Palank	38	
Walter und Helga Kocher	42B	
Dr. Gerold Patzak	43	
Ing. Hermann Wurzer	44	

Insgesamt soll - vorbehaltlich der Vermessung durch Dipl. Ing. Karl Pauler - eine Fläche von 8.793 m² zum Verkauf gelangen, wodurch voraussichtlich Einnahmen in der Höhe von S 6.374.924,- lukriert werden können. Als Zahlungsziel wurde der 30.9.1998 festgelegt.

Gf. GR Stachelberger stellt den Antrag, dem Verkauf der Grundstücke entsprechend seinen Ausführungen zuzustimmen.

GR Schön, erklärt, daß sich die FPÖ-Fraktion aus den bekannten Gründen der Stimme enthalten wird.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 26:2 Stimmen angenommen.

27) Verordnung über die Ausschreibung einer Getränke- und Speiseeissteuer

Gf. GR Stachelberger erklärt, daß zur Vermeidung einer Fehlinterpretation des FAG 1997 (und folglich auch des NÖ Getränke- und Speiseeissteuergesetzes 1992) eine entsprechende Änderung des NÖ Getränke- und Speiseeissteuergesetzes 1992 durch den neu zu wählenden NÖ Landtag mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1997, welche jedoch frühestens im Sommer 1998 beschlossen werden kann, zu erfolgen hat. Zur Vermeidung von Mißverständnissen über die Rechtslage wurde den Gemeinden eine Änderung der Getränke- und Speiseeissteuerverordnung empfohlen. Gf. GR Stachelberger verliest den Verordnungstext und stellt den Antrag, die Verordnung zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

28) Grundeinlösung Parz. 18/7, KG Kirchbach und Übernahme in das öffent. Gut

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt, wonach Herr Michael Rebasso anlässlich einer Abteilungsbewilligung die Abtretung von Grundstücksflächen in das öffentliche Gut vorgeschrieben wurde. Mit Schreiben vom 13. 10.1997 weist Mag. Rebasso darauf hin, daß bereits anlässlich der Errichtung seines Wohnhauses auf dem Grundstück Nr. 82 eine kostenlose und lastenfreie Grundabtretung erfolgte, und eine weitere Abtretung nur gegen eine angemessene Entschädigung möglich ist.

Anlässlich eines Gespräches erklärte sich Herr Rebasso bereit, die Grundstücksflächen im Ausmaß von 122 m² zum Preis von S 180.000,-- abzutreten. Dieser Betrag kann gegen die Ergänzungsabgabe von S 218.554,-- gegenverrechnet werden, so daß der Gemeinde keine Kosten erwachsen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Grundeinlösung der Parz. 18/7, KG Kirchbach gemäß dem Teilungsplan GZ. 1902/97 des Geometers Dipl.Ing. Pauler vom 23.6.1998 und der Übernahme in das öffentliche Gut zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

29) Kassenkredit

Gf. GR Stachelberger erklärt, daß die Gemeinde St. Andrä-Wördern derzeit einen Rahmenkredit in der Höhe von S 4 Mio bei der Raiffeisenkasse Zeiselmauer mit einem Zinssatz von 6% in Anspruch nimmt. Anlässlich der kontinuierlich durchgeführten Konditionsüberprüfungen konnten starke Zinsschwankungen bei den einzelnen Geldinstituten festgestellt werden. Es wurden daher einige Banken zwecks Anbotlegung kontaktiert. Das günstigste Offert wurde von der PSK (4,2 %, dekursiv, Laufzeit jeweils 1 Jahr) gelegt, was für die Gemeinde eine Kostenreduzierung von einem Drittel bedeutet.

Er stellt den Antrag, den Rahmenkredit bei der Raiffeisenkasse Zeiselmauer zu stornieren und gleichzeitig die Aufnahme des Kredites bei der PSK zu obgenannten Konditionen zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

30) „Alte Schule Greifenstein“, Auftrag an Arch. DI Zita betreffend Umplanung für Einmietung des Postamtes Greifenstein

Gf. GR Stachelberger erklärt, daß von den Bewohnern der Badesiedlung bereits seit Jahren vehement der Wunsch nach Postzustellung im Badegebiet geäußert wurde. Ein erster Schritt war die Aufstellung von Landbriefkästen. Anlässlich eines Gespräches mit Vertretern der Postdirektion wurde von diesen unter der Voraussetzung, daß ein entsprechender Winterdienst erfolgt, eine Straßenbeschilderung und Hausnumerierung durchgeführt wird, eine Postzustellung im gesamten Badegebiet ab Jahresanfang 1999 zugesagt. Durch die notwendige Personalaufstockung wird mit

den derzeit im Postamt vorhandenen Räumen nicht mehr das Auslangen gefunden, der Zustelldienst müßte daher in das Postamt St. Andrä-Wördern verlegt werden, was möglicherweise eine Schließung des Postamtes Greifenstein nachsichziehen könnte.

Anläßlich der letzten Vorstandssitzung konnte mit den anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen das Einvernehmen erzielt werden, durch Arch. DI Zita die Möglichkeit einer Verlagerung der Post in das Gebäude der „Alten Volksschule Greifenstein“ überprüfen zu lassen. Durch die Einmietung der Post könnte die Gemeinde auch Einnahmen erzielen.

Er stellt den Antrag, Arch. Dipl.Ing. Zita mit der Umplanung für eine mögliche Einmietung der Post in die alte Volksschule Greifenstein zu beauftragen.

Der Bürgermeister verliest ein an Gemeinderat Kuselbauer gerichtetes Schreiben von Herrn Robert Rametsteiner, Asperhofen, worin dieser anbietet, sein an das Postamt anschließendes und derzeit leerstehendes Gebäude zu den ortsüblichen Konditionen der Postdirektion zu vermieten.

GR Kuselbauer kritisiert, daß vor Beschlußfassung weder der Raumbedarf der Post erhoben, noch die Höhe der Mieteinnahmen ermittelt wurden. Schon von der Parkplatzsituation her würde sich das Gebäude neben der Post besser eignen. Die Auftragsvergabe an Arch. Zita sei nur im kleinen Kreis beschlossen worden. Seiner Meinung nach ist das Projekt „Alte Volksschule“ nur im Zusammenhang mit der Lösung der Probleme „Altarm“ und „Strombauamt“ zu sehen. Er gibt zu bedenken, daß bereits S 500.000,-- an Planungskosten aufgewendet wurden und bei einer allfälligen Planänderung neuerlich mit dem Denkmalamt Kontakt aufgenommen werden müßte. Er ersucht den Antrag dahingehend abzuändern, daß Arch. Zita mit der Überprüfung der Möglichkeiten für eine Einmietung der Post beauftragt wird. Gleichzeitig sollte auch die Eignung des Objektes Rametsteiner überprüft werden, wobei die postalische Versorgung der Badesiedlung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund stehen sollten.

GR Mag. Ruffingshofer erklärt, daß aufgrund der geänderten Situation keine objektive Beurteilung des Sachverhaltes möglich ist und stellt den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und die Angelegenheit an den Ausschuß zur neuerlichen Beratung zu verweisen.

GR Schön schließt sich dieser Meinung an.

GR Golda verweist auf die bereits angefallenen Planungskosten. Ihrer Meinung nach sollte das Nutzungskonzept für dieses Gebäude durch die Einmietung des Postamtes nicht fallengelassen werden.

Gf. GR Stachelberger erklärt, daß zwar die erforderliche Fläche nicht genannt werden kann, trotzdem sollte eine Beauftragung von Arch. Zita mit der Überprüfung der Möglichkeiten, ob Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können, erfolgen, um den bürokratischen Weg abzukürzen. Es ist jedoch nicht richtig, daß die Angelegenheit nur im kleinen Kreis beschlossen wurde, da dem Finanzausschuß nur beratende Funktion zukomme. Die Idee der Auftragsvergabe an Arch. Zita sei in der Vorstandssitzung von Gf. GR Nagl und Vzbgm. Seidl unterstützt worden. Die Vermietung des Nachbarobjektes an die Post sei Privatsache.

Vzbgm. Seidl stellt fest, daß in der Vorstandssitzung lediglich davon gesprochen wurde, Arch. Zita mit der Überprüfung der Möglichkeit für eine allfällige Einmietung der Post, nicht jedoch mit einer Umplanung zu beauftragen. Außerdem hätte die Post offiziell kontaktiert und um Übermittlung konkreter Fakten ersucht werden müssen. Im übrigen unterstütze er den Vorschlag von GR Mag. Ruffingshofer.

Der Bürgermeister erwidert, daß eine schriftliche Kontaktaufnahme in der Vorstandssitzung nicht gefordert wurde.

Gf. GR Nagl erklärt, daß sie diese Vorgangsweise an die unseligen Zeiten, in denen Beschlüsse mit SPÖ-Mehrheit gefaßt wurden, erinnere, obwohl dies, seit vier Fraktionen im Gemeinderat vertreten sind, nicht mehr so einfach sei. Bedauerlicherweise stehe das LIF in den letzten zwei Jahren ausschließlich auf der Seite der SPÖ-Fraktion.

Da die ÖVP-Fraktion die provisorische Tagesordnung erst 2 bis 3 Tage vor der Vorstandssitzung erhalte und im Gegensatz zur SPÖ-Fraktion nicht über sämtliche Unterlagen verfüge, habe sie keine Möglichkeit der fraktionellen Beratung der einzelnen Tagesordnungspunkte vor der

Vorstandssitzung. Eine Auflassung des Postamtes Greifenstein werde auch von der ÖVP-Fraktion nicht gewünscht, ebenso sollte die Badesiedlung postalisch versorgt werden. Eine Diskussion während der Gemeinderatssitzung sei ihrer Meinung nach nicht sinnvoll. Vzbgm. Seidl habe vor der Sitzung mit dem Bürgermeister Kontakt aufgenommen und um Absetzung dieses Punktes ersucht. Dem Ersuchen sei jedoch nicht entsprochen worden.

Der Bürgermeister stellt fest, daß der ÖVP-Fraktion drei Tage vor der Vorstandssitzung die provisorische Tagesordnung für die Gemeinderatssitzung übermittelt wird, obwohl dafür keine Verpflichtung besteht.

Gf. GR Dreschkay räumt ein, daß der Begriff Umplanung möglicherweise zu hoch gegriffen ist. Es gehe lediglich darum, die Angelegenheit in Fluß zu bringen. Arch. DI Zita und Vertreter der Post sollten versuchen, im Rahmen eines Gespräches ihre Vorstellungen zu deponieren. Sodann könnte Arch. DI Zita eine Stellungnahme bezüglich geeigneter Räume abgeben. Seiner Meinung nach handle es sich nur um Vorgespräche.

Gf. GR Stachelberger schließt sich der Meinung von gf. GR Dreschkay an. Es werde keine Umplanung angestrebt, Arch. DI Zita solle lediglich mit der Prüfung der Möglichkeiten beauftragt werden.

Gf. GR Nagl bemängelt, daß die Angelegenheit nicht im Ausschuß diskutiert wurde. Ihrer Meinung nach müßte auch der Ressortleiter, gf. GR Haslinger, in die Beratungen miteingebunden werden. Sie ersucht den Bürgermeister, künftig die provisorische Tagesordnung der Gemeinderatssitzung der Einladung zur Vorstandssitzung beizufügen.

GR Kneissl verläßt die Sitzung aus beruflichen Gründen um 21.15 Uhr.

GR Mag. Ruffingshofer stellt fest, daß er bei der Vorstandssitzung die Idee der Einmietung der Post goutiert habe. Da nun aufgrund des privaten Angebotes andere Voraussetzungen gegeben seien, sei eine neuerliche Beratung erforderlich. Es bestehe kein Einwand, Arch. DI Zita um eine Stellungnahme zu ersuchen, dafür sei jedoch kein Gemeinderatsbeschuß erforderlich. Im übrigen schließe sich seine Fraktion stets den überzeugensten Argumenten an.

GR Edinger erklärt, daß sich das LIF an der Sache orientiere. Er schließe sich der Meinung von GR Kuselbauer an, daß das Gebäude einem bestimmten Zweck zugeführt werden sollte.

Gf. GR Stachelberger zeigt sich über die engagierte Diskussion überrascht und stellt den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu nehmen. Hinsichtlich des von der ÖVP Fraktion geäußerten Wunsches, umfangreicheres Informationsmaterial zu erhalten, würde er sich wünschen, daß die 16 SPÖ-Minderheitsgemeinden im Bezirk Tulln derart viele Informationen erhalten würden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

31) Resolution betreffend Feuerwehrfeste

Der Bürgermeister verweist auf einen Artikel in der Zeitschrift der Nö. Feuerwehren, wonach den Gemeinden empfohlen wird, dem Beispiel der Stadtgemeinde Klosterneuburg folgend im Interesse der Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Feuerwesens eine Resolution an Minister Dr. Farnleitner zu richten. Darin soll der Minister ersucht werden, von der angekündigten Einbeziehung der wirtschaftlichen Gebarung von Feuerwehrheurlingen in die Buchhaltung jener Gasthausbetriebe Abstand zu nehmen, welche für derartige Fest Konzessionen zur Verfügung stellen. Vom NÖ. Landesfeuerwehrverband wurde ebenfalls an die Gemeinden das Ersuchen gerichtet, die Bemühungen zur Verhinderung der geplanten Änderung zu unterstützen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, eine Resolution, die inhaltlich mit der Stadtgemeinde Klosterneuburg übereinstimmen soll, an Minister Farnleitner zu richten.

GR Mag. Ruffingshofer schlägt vor, dem Finanzminister eine Abschrift der Resolution zu übermitteln.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nicht öffentlich:

- 32) Überbrückungshilfe in Abgabenangelegenheit**
- 33) Berufungen in Bauangelegenheit, KG Kirchbach**
- 34) Berufungen in Bauangelegenheit, KG St. Andrä**

Dieses Protokoll wurde in der Sitzung am .....genehmigt - abgeändert - nicht genehmigt.

.....
Bürgermeister

Für die SPÖ-Fraktion:

.....
Gemeinderat

Für die FPÖ-Fraktion

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführerin

Für die ÖVP-Fraktion:

.....
Gemeinderat

Für die LIF-Fraktion:

.....
Gemeinderat